

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Individual-
besteuerung
unterschreiben!

Altersvorsorge & Gesundheit

Die FDP hat neue Ziele und Forderungen zu den Themenbereichen Altersvorsorge und Gesundheit erarbeitet. Beteiligt war auch Nationalrat Andri Silberschmidt. Er erklärt, wie die Positionen nun ins Parlament gebracht werden können.
Seiten 10 und 11

Bedeutende Herbstsession

Am 13. September beginnt die Herbstsession der eidgenössischen Räte. Für die FDP-Fraktion stehen insbesondere Geschäfte der Altersvorsorge, Europapolitik und des Klimaschutzes im Zentrum. Ebenso wie zahlreiche wirtschaftspolitische Geschäfte, die in den nächsten Wochen in den beiden Kammern beraten werden.
Seite 17

Nein zur 99% Initiative

Am 26. September kommt die 99% Initiative der Juso zur Abstimmung. Das Begehren würde eine Reihe negativer Auswirkungen nach sich ziehen. Die Vorlage ist eine Gefahr für KMU, Start-ups, Eigenheimbesitzer und den Mittelstand. Der Luzerner Ständerat Damian Müller setzt sich engagiert gegen die 99% Initiative ein und zeigt in seinem Beitrag auf, welche schädlichen Folgen ein Ja hätte.
Seite 18



Karin Keller-Sutter im Interview

Die Ehe für alle ist für die Bundesrätin eine «liberale Kernforderung».
Seite 19

Lassen Sie uns gemeinsam die Segel setzen!

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Die Sommerpause liegt hinter uns und wir schreiten in das letzte Quartal des Jahres 2021. Die FDP Kanton Zürich hat Anfang Jahr die Kampagne Kickstart Zürich (www.kickstart-zuerich.ch) lanciert, für einen starken Kanton Zürich. Im letzten «Zürcher Freisinn» wurde über die Aspekte: «Innovation und Unternehmertum stärken» und «Digitalisierung» berichtet. Das Thema «Perspektiven schaffen» beleuchten wir nun, da für Tausende von jungen Menschen im Herbst ein wichtiger und prägender Lebensabschnitt begonnen hat. Sei dies mit dem Start oder dem Abschluss einer Lehre oder Abschluss des Studiums. Beiden ist gemein, dass sie einen Arbeitsplatz benötigen. Diesen jungen Menschen gilt es, speziell nach der Krise eine «Perspektive» zu geben. Dies bedeutet für Arbeitssuchende, eine Arbeitsstelle zu finden, und für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bedeutet es, gute Rahmenbedingungen vorzufinden, um Arbeitsplätze schaffen zu können. Diese beiden Erfordernisse befähigen alle am Prozess Beteiligten, erfolgreich zu sein, und speziell den Jungen wird eine Perspektive gegeben, um ihre Ziele und Träume zu verwirklichen. Die FDP hat zu diesem Thema diverse Vorstösse im Kantonsrat eingereicht, bspw., um Lernende davor zu bewahren, wegen der Covid-Einschränkungen durch die Maschen zu fallen.



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Eines ist klar: Ohne gute Rahmenbedingungen für Unternehmen gibt es keine Arbeitsplätze. Diese gilt es zu bewahren und ständig zu verbessern! Lesen Sie mehr dazu in der digitalen Ausgabe des «Zürcher Freisinn» (www.fdpzh-freisinn.ch).

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Zürcher Freisinn
- 9 RADIGAL: Engagement für die Ehe für alle
- 10/11 Ziele und Forderungen zu Altersvorsorge & Gesundheit
- 12/13 Petra Gössi blickt auf ihre Amtszeit zurück
- 14/15 Rückblick auf die DV in Martigny
- 16 Aus dem Archiv
- 17 Vorschau auf die Herbstsession
- 18 Damian Müller kämpft gegen die 99%-Initiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen: Lehner Versand
- 21 Gastbeitrag von Arbela Statovci
- 22 Praktikanten-Blog von Philipp Gasser
- 23 Vermischtes



**Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!**



Mit geeinten Kräften vorwärts

Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

Liebe Freisinnige

In den letzten Monaten haben mich zahlreiche Zuschriften zu meinem bevorstehenden Rücktritt als Parteipräsidentin erreicht. Ihre wohlwollenden Worte haben mich überwältigt und sehr berührt. Ich möchte Ihnen auf diesem Weg nochmals von ganzem Herzen danken für Ihren Zuspruch und Ihre Unterstützung. Nur dank Ihnen und Ihrem Einsatz zugunsten unserer Partei kann sich die FDP weiterhin für liberale Lösungen einsetzen.

Ihre Stimme zählt!

Es braucht heute wie morgen einen starken Freisinn, der unser Erfolgsmodell Schweiz und unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigt und weiterentwickelt. Die bevorstehende Abstimmung zur 99%-Initiative ist ein erneuter Frontalangriff der Linken auf unseren Wohlstand. Mit einem Nein am 26. September können wir dafür sorgen, dieses drohende Unheil abzuwenden.

Liberalismus bedeutet für uns Freisinnige auch, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Am nächsten Abstimmungssonntag können wir mit einem Ja zur «Ehe für alle» einen wichtigen Schritt zugunsten der freien Lebensgestaltung machen. Mehr zu den beiden Abstimmungsvorlagen finden Sie auf den Seiten 8, 18 und 19.

Aufbruchstimmung in unserer Partei

Ihre Stimme zählt jedoch nicht nur bei den Volksabstimmungen, sondern auch innerhalb unserer Partei. Als Parteipräsidentin war es mir deshalb stets ein Anliegen, Sie direkt in die parteipolitischen Prozesse einzubinden. Es war eine Freude zu sehen, wie Sie sich bei den Mitgliederumfragen in den letzten zwei Jahren eingebracht und intensiv an der Basisarbeit beteiligt haben. Es zeigt, dass wir Freisinnigen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen «bottom-up» zu erarbeiten.

Deswegen macht mich auch das beherzte Engagement unserer Sektionen und Kantone stolz. Während die Jungfreisinnigen mit der Einreichung der Renteninitiative bereits einen historischen Meilenstein erreicht haben, sind die FDP Frauen mit der Initiative zur Individualbesteuerung auf bestem Weg dorthin.

Vielfalt als Chance nutzen

Es stimmt mich optimistisch und zuversichtlich, wie leidenschaftlich sich die Freisinnigen für liberale Lösungen engagieren. Dies erachte ich als Grundvoraussetzung für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes. Die Vielfalt und der Ideenwettbewerb sind der Motor für Innovation und Fortschritt. Im Rückblick auf meine Zeit als Parteipräsidentin (auf den Seiten 12 und 13) erachte ich denn auch den Kontakt mit den vielen Menschen und die Gespräche über liberale Ideen und Visionen als eine der schönsten Bereicherungen in diesem Amt.

Unsere Partei lebt von einer angeregten Diskussionskultur. Sie setzt die Impulse für die Erarbeitung von zukunfts- und mehrheitsfähigen Lösungen. Wir sind stark, wenn wir diese Energie zugunsten gemeinsamer Ziele bündeln. Lassen Sie uns diese Chance auch künftig gemeinsam anpacken und unsere liberale Zukunftsvision für die Schweiz umsetzen.

Nochmals ein herzliches Dankeschön und herzliche Grüsse

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Nachruf Ulrich Bremi (1929–2021)

Fast dreissig Jahre, nachdem Ueli Bremi mit dem Nationalratspräsidium den Höhepunkt seiner politischen Karriere erreicht und diese damit als «höchster Schweizer» beendet hatte, schloss sich sein Lebenskreis vor einigen Wochen. Sein eindrückliches Lebenswerk zeugt von einer riesigen Energie und Schaffenskraft. Er war kein Shootingstar, sondern ein politischer Arbeiter mit Geduld, Ausdauer und Durchsetzungsvermögen – 28 Jahre Parlamentsarbeit in Kanton und Bund sprechen eine deutliche Sprache.

Als Unternehmer, Offizier und Nationalrat sprach er vordergründig dem Archetyp des bürgerlichen Milizpolitikers des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts. Ueli Bremis überragendes Format gründet jedoch nicht nur darin, was er tat, sondern massgeblich auch darin, wie er es tat: Strategische Fähigkeiten und Weitsicht hinderten ihn nicht, sich auch operativ «abzumühen» und Verantwortung für die Umsetzung guter Ideen zu übernehmen. Er war ein Mann der Tat, Worte setzte er mit Bedacht ein. Leadership und Team-Play verband er so auf vorbildliche Weise.

Verbindend war sein Wirken in vielerlei Hinsicht. Ueli Bremi war nicht porte parole bestimmter Interessensgruppen, sondern ein unabhängiger Geist. Er kam aus der KMU-Welt (das Schweizer Traditionsunternehmen Bauer-Kaba internationalisierte er erfolgreich) und brachte sich in den Leitungsgremien grosser Konzerne aktiv ein; er war als Ingenieur und Unternehmer ein Mann des Werkplatzes, erkannte aber die grosse Bedeutung eines starken Finanzplatzes und engagierte sich auch da. Schablonen oder gar Klischees werden Ueli Bremi in keiner Art und Weise gerecht.

Auch seine «politische Reichweite» gründete massgeblich auf einem Blick, der gerne über den eigenen Tellerrand hinausschweifte. Selber mit unbestechlichem liberalem Kompass unterwegs als einer, der sich eine eigene Meinung leisten konnte, war Ueli Bremi ein begnadeter Zuhörer, wie es – gerade in der Politik – nur wenige gibt. Dass er Andersdenkende nicht nur an-, sondern ihnen auch zuhörte, verschaffte ihm weit über die Parteigrenzen hinaus Respekt. Fragen stellte er gerne und nicht aus Höflichkeit, sondern aus Interesse.

Ueli Bremi hätte bestimmt keine Geltung als Vorbild beanspruchen wollen. Und das gleichermaßen weitgreifende wie feingliedrige Bild dieser aussergewöhnlichen Persönlichkeit liesse sich wohl auch kaum linear in eine Welt von Twitter, Flashmobs und Social Bots projizieren. Die Werte und Überzeugungen, die er lebte, taugen aber durchaus zum Vorbild, zum Inspirieren noch mehr als zum Kopieren. Die Fähigkeit zum Diskurs, der Wille zum Gestalten und die Energie, die Sache hartnäckig in die Richtung einer Lösung zu bewegen, würden wohl helfen, einen Weg zur Reform der Vorsorgewerke, zur Rolle der Schweiz in Europa und der Welt oder in Sachen Nachhaltigkeit zu finden.

Beat Walti
Fraktionspräsident FDP Schweiz

Dieser Text erschien erstmals in der «Weltwoche» Nr. 25/21

AGENDA

7. September 2021

18:00 Uhr: Zukunft der Schulbehörden im Kanton Zürich
PHZH, Lagerstrasse 2, 8090 Zürich
Mitgliederanlass für Schulpflegemitglieder und Bildungsinteressierte

1. Oktober 2021

18:30 Uhr: Verleihung «Gaht's-No!-Priis»-2021/ Sessionsapéro
(Ort noch ausstehend)

25. Oktober 2021

18:30 Uhr: «Sustainable Finance»: Chancen und Herausforderungen für den Finanzplatz Zürich
Swiss Re, Mythenquai 50/60, 8022 Zürich

26. Oktober 2021

19:00 Uhr: a. o. Delegiertenversammlung
(Ort noch ausstehend)

1. November 2021

20:00 Uhr: 6. Forum der FDP-Ortsparteien im Bezirk Meilen: «Coronapolitik – lessons learned?»
Ort: Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen

Fortsetzung von Seite 1

Die letzten Monate unserer Arbeit standen aber auch im Zeichen des permanenten Wahlkampfes und der damit einhergehenden Wahlkampf vorbereitungen 2022/23. Wahlkampf ist ein stetiger Prozess und findet nicht nur direkt vor Abstimmungs- oder Wahlterminen statt. Wir müssen als Partei kontinuierlich unsere Zielgruppe mit unseren Themen erreichen, uns positionieren, an unserem Profil arbeiten und es schärfen. Mit der Kampagne «Freiheit» haben wir diesen andauernden Prozess des Wahlkampfes letztes Jahr lanciert, in diesem Jahr mit unserer «Kickstart Zürich»-Kampagne fortgeführt und weitere werden folgen. Die politischen Winde sind rauer geworden und die links-grün dominierte Mehrheit macht sich kon-

cret bei der Verabschiedung von Geschäften im Kantonsrat spürbar. Umso mehr müssen wir an unseren Schwerpunktthemen arbeiten und deren Wichtigkeit für den Wohlstand unserer Gesellschaft unterstreichen.

Die Windrichtung können wir nicht ändern, aber unsere Segel so setzen, dass wir für zukünftige Herausforderungen gewappnet sind. Unsere Geschichte beweist, dass wir mit Herausforderungen umgehen können, und es verstehen, die daraus resultierenden Chancen zu packen. Schreiben wir gemeinsam an unserer Geschichte weiter! Hissen wir gemeinsam die Segel in Richtung Gemeinsinn, Freiheit, Fortschritt, erfolgreiche Wahlen 2022/23 und darüber hinaus!

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz für einen liberalen Kanton Zürich!

Liberale Grüsse

Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Lesen Sie mehr zum 3-Punkte-Plan der FDP Kanton Zürich in der digitalen Ausgabe des Zürcher Freisinns: www.fdpzh-freisinn.ch
Diese Ausgabe des Zürcher Freisinns widmet sich schwerpunktmässig dem Thema «Perspektiven schaffen».



FDP Bezirk Meilen

«Corona-Politik – lessons learned?»

6. Forum der FDP-Ortsparteien im Bezirk Meilen

Am 1. November 2021 um 20 Uhr blicken wir in Meilen zurück auf eine aussergewöhnliche Zeit. Es waren Monate, in welchen oft kein Stein mehr auf dem andern blieb. Viele Unternehmen – egal ob Einzelfirma, KMU oder grosse Unternehmen – kämpften ums Überleben. Einige stehen vor dem Ruin, andere haben überlebt, wieder andere sind gewachsen. Jeder von uns wurde in seinem Privatleben eingeschränkt, in seinem Selbstverständnis als frei entscheidender Bürger beschnitten. Corona hat uns alle betroffen.

Hat es sich gelohnt, immense Schulden aufzubauen? Die Wahrheit werden wir – wenn überhaupt – wohl erst viel später erfahren. Wichtig erscheint uns, jetzt zurückzublicken und die Frage zu stellen, was haben wir gelernt? Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik hat gelitten. Was braucht es, damit die Zusammenarbeit in einer nächsten Krise von Beginn weg durchgehend gut funktioniert? Welche Rolle spielen hier die Medien? Was haben sie in der Kommunikation richtig

gemacht? Wo gäbe es Verbesserungspotenzial beim Bundesrat und den Kantonen? Woran lag es, dass die politisch gewollte, schnelle Soforthilfe in der Verwaltung nur mit Zeitverzug möglich war? Wie wichtig war der Beizug der Banken im Rahmen der finanziellen Soforthilfe? Welche Auswirkungen sehen wir in der Arbeitswelt? Welche Entwicklungen müssen künftig forciert werden?

Die FDP Bezirk Meilen macht es sich zur Aufgabe diesen Fragen mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Arbeitswelt nachzugehen. Zum sechsten Mal lädt sie zum jährlichen Forum FDP in den Jürg Wille Saal im Gasthof zum Löwen nach Meilen ein. Auf dem Podium werden sich Ernst Stocker, (Regierungsrat Kt. Zürich), Heini Dändliker (Zürcher Kantonalbank), Sara Fuchs (Swissmem), Andrea Fischer Schultheiss (Miller's) und Christian Zünd (Kaufmännischer Verband Schweiz) den Fragen von FDP-Nationalrat und Fraktionspräsident Dr. Beat Walti stellen. Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, kommen Sie nach Meilen und diskutieren Sie mit. Um eine angeregte Diskussion



Das FDP-Podium zur Klimadebatte 2019

während des Apéro zu ermöglichen, ist für die Teilnahme am Forum ein Corona-Zertifikat (geimpft, getestet, genesen) erforderlich. Wir bitten um Verständnis.

Dr. Marion Tobler-Rohr
Präsidentin FDP Hombrechtikon

Informationen zum Anlass und Anmeldung:
www.fdpbezirkmeilen.ch
Kontakt: Dr. Marion Tobler-Rohr,
praes@fdp-hombrechtikon.ch

FDP Zollikon

Start in ein erfolgreiches und erfüllendes Berufsleben – ein Lösungsansatz

Das duale Bildungssystem ist einer der Erfolgsfaktoren unserer Wirtschaft. Für viele Jugendliche ist der Wechsel von der Volksschule ins Berufsleben eine Herausforderung. Gerade Schülerinnen und Schüler, welche schulisch mehr Unterstützung brauchen, haben es oft schwer einen Ausbildungsplatz zu finden. Für sie haben wir an unserer Sekundarschule Zollikon-Zumikon das Projekt LIFT (www.jugendprojekt-lift.ch) gestartet. Schweizweit nehmen über 300 Schulen an dem Programm teil. Kernelement sind regelmässige kurze Arbeitseinsätze, sogenannte «Wochenarbeitsplätze», welche in unserem Fall in Gewerbebetrieben im Bezirk Meilen oder in der nahen Stadt Zürich angeboten werden. Die Arbeitseinsätze erfolgen während ca. 2 Monaten auf freiwilliger Basis in der schulfreien Zeit. Ein Taschengeld winkt als kleiner Lohn. Die teilnehmenden Jugendlichen werden durch unsere Schulsozialarbeiterin vorbereitet und begleitet, die Kosten tragen unsere Gemeinden. Nach dem Start des Projekts im vergangenen Schuljahr stellten wir fest, dass es nur Gewinner gibt: auf der einen Seite die Jugendlichen, die gelernt haben, was Verbindlichkeiten sind. Sie sammelten erste Erfahrungen in der Arbeitswelt und



Corinne Hoss-Blatter

können ihre Bewerbungen für eine Lehrstelle mit einem ersten kurzen Arbeitszeugnis bereichern. Auf der anderen Seite die lokalen Unternehmen, die einfache Arbeiten abgeben konnten und die Fähigkeiten der Jugendlichen besser kennen lernten, als dies im Rahmen weniger Schnuppertage möglich ist. Die Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ist wichtig, und da die Jugendlichen sich immer früher mit der Berufswahl auseinandersetzen müssen, ist ein solcher Einstieg eine grosse Chance.

Auf der anderen Seite gibt es Lehrabschlussprüfungen, die nicht immer gelingen. Im Moment liegt die Abschlussquote in der Sekundarstufe II, zu welcher auch die betriebliche Grundbildung mit Berufsschule gehört, im Kanton Zürich bei knapp 90%. Oft können die Lehrverträge nicht verlängert werden, sodass die Lernenden keine zweite Chance bekommen. Sie müssen die nichtbestandene Lehrabschlussprüfung ohne Lehrvertrag repetieren. Dies sind im Kanton Zürich jährlich rund 400 Personen. Die FDP hat zusammen mit anderen Parteien eine Motion (276/2021) eingereicht, die eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung im Bereich Nachholbildung verlangt. Die Kosten für den Berufsfachschulunterricht sowie die überbetrieblichen Kurse sollen vom Kanton und/oder vom Berufsbildungsfonds übernommen werden können, was momentan nicht generell zugelassen ist. Da die Wirtschaft auf qualifizierte Mitarbeitende angewiesen ist, ist dies ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg zum Ziel.

Corinne Hoss-Blatter
Kantonsrätin, Schulpräsidentin
und Gemeinderätin Zollikon

Kreisschulbehörde

Lieber eine Lehre als hochgebildet arbeitslos

Je mehr Jugendliche mit Matur, desto mehr Jugendliche ohne Arbeit. Sogar Schweden, immer hochgelobt, kämpft mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 25,6%! In der Schweiz sind es dreimal weniger: knapp 8% bei den 15- bis 25-Jährigen.

Wir erleben zurzeit einen Fachkräftemangel im handwerklichen Bereich. Grund dafür ist, dass die Berufslehre im Vergleich zur akademischen Ausbildung von den Eltern (und der Gesellschaft) als minder angesehen wird. Dabei sind es 80% der abgehenden Schülerinnen und Schüler, die eine Lehre machen. Sie stellen sicher, dass wir uns im Alltag über gute Qualität freuen dürfen – wer hat sich nicht schon gewundert, wie im Ausland teilweise das «Finish» aussieht ...

Quälerei der Jugendlichen

Viele ausländische Familien kennen das Konzept der Berufslehre nicht aus ihrer Heimat, aber auch viele Schweizer Eltern meinen, die Universität sei der einzige Weg zum Erfolg. Entsprechend gross ist der Druck auf die Kinder: Privatstunden, Vor-

bereitung für die Aufnahme ans Gymnasium, Stress und Druck – im schlimmsten Fall «ein Knacks» für das ganze Leben. Hier wäre weniger eindeutig mehr.

Genial durchlässiges System

Was verkannt wird: Mit einer Berufslehre bleiben alle Türen offen! Wer will, kann später einen Fachhochschulabschluss machen. Fachleute mit Praxis sind – wen wundert's – bei vielen Arbeitgebern sogar beliebter als Junge mit rein schulischer Ausbildung. Viele Innovationen entstehen in der Praxis und nicht in den Think-Tanks der Intellektuellen. Trotz Tesla, Edison und Co., ohne Glasbläserinnen, Giessern und vielen anderen handwerklich Tätigen würden wir noch heute im Dunkeln sitzen.

Pflegen wir, worum wir beneidet werden

Die Berufslehre bietet über 250 Berufe in 24 Branchen. Sogar die Amerikaner mit ihren 1000 Colleges kommen hierher, um das System der Berufslehre kennenzulernen. Es einzuführen ist aber eine Kunst für sich: Bund, Kantone und allen voran das Gewerbe sorgen dafür, dass die Ausbildung à jour



Tatjana Tankosic

und die Jugendlichen vermittlungsfähig sind. Eine grossartige Leistung! Also nicht verzweifeln, wenn das Gymnasium nicht klappt: Das Handwerk hat immer noch goldenen Boden. Es ist sogar abzusehen, dass er immer goldener wird.

Tatjana Tankosic
Schulpflegerin Schulkreis Zürichberg

FDP Stadt Zürich

Was ist unsere Perspektive für die Stadt Zürich?

Die Stadt Zürich soll Strahlkraft für den Kanton Zürich und die ganze Schweiz haben. Wir wollen eine Stadt Zürich, die für Vielfalt und Innovationen einsteht und auch in 20 Jahren eine Weltstadt ist – mit attraktiven Arbeitgebern, interessanten kulturellen Angeboten und schöner Wohnqualität.

Dazu muss auf die Bedürfnisse des Gewerbes Rücksicht genommen werden, und der öffentliche Verkehr muss seine Attraktivität und Leistungsfähigkeit behalten.

Am 28. November 2021 kann die Zürcher Stadtbevölkerung über zwei Vorlagen abstimmen, die genau diese Vision und Perspektive gefährden: der kommunale Verkehrsrichtplan und der kommunale Richtplan für Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen, kurz SLÖBA/V.

Es ist die wichtigste Abstimmung der letzten Jahrzehnte. Werden die Richtpläne angenommen, ist das nicht nur Rückenwind für die jetzige rot-grüne Politik, sondern deren Vision für Zürich wird legitimiert.



Sonja Rueff-Frenkel

Die FDP Stadt Zürich steht zum demokratisch abgeseigneten Anteil des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus und zur 2000-Watt-Gesellschaft. Die Richtpläne greifen jedoch fast in sämtliche Lebensbereiche ein: Privateigentum, Verkehr, Verdichtung, Mobilität, Freiräume, öffentliche Bauten, Quartierzentren.

Dies ist nicht notwendig, Zürich ist gar nicht so planlos unterwegs. Mit der geltenden BZO verfügt die Stadt über Verdichtungsreserven für die nächsten Jahre, und der regionale Richtplan regelt so gut

wie alles, was nötig ist. Für die weiteren wichtigen Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit braucht es keinen Richtplan. Nicht zuletzt die konkreten Vorschläge der FDP für das Klima beweisen, dass es auch ohne geht.

Bis ins Jahr 2040 soll die Bevölkerung in der Stadt Zürich um 100 000 Personen wachsen – dies entspricht der Stadt Winterthur. Es wurde keine Debatte geführt über die Chancen und Risiken, wie auch zu Wünschbarkeit und Alternativen dieses Zuwachses. Diese Diskussion wurde im Gemeinderat nicht geführt, vielmehr wurde ein Arbeitsplatz-Stopp gefordert. Es stellt sich daher auch die Frage, wer bezahlt die Kosten für den Ausbau der ganzen Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnungsmarkt, etc..

Fazit: Der SLÖBA/V ist nicht unsere Vision und Perspektive für Zürich, deshalb müssen die Richtpläne am 28. November 2021 an der Urne abgelehnt werden.

Sonja Rueff-Frenkel
Kantonsrätin und Stadtrats-Kandidatin

FDP Winterthur

Mit Berufsbildung Perspektiven schaffen

Perspektiven schaffen ist eine der Forderungen der FDP. Die Kantonsratsfraktion engagiert für den Berufsnachwuchs und die Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Corona-Krise, aber auch andere Krisen und ihre Folgen können für Lernende prekäre Situationen schaffen. Droht eine Pleitewelle, werden Lernende besonders hart getroffen. Ein Konkurs gibt dem Lehrbetrieb das Recht, das Lehrverhältnis vorzeitig zu beenden. Heute stehen lediglich bis zu drei Monate zur Verfügung, einen Ersatzlehrbetrieb zu finden, wo die Ausbildung abgeschlossen werden kann. Mit Einverständnis des Berufsbildungsamtes können die Überbetrieblichen Kurse und die Berufsschule bis zu drei Monate weiter besucht werden. Ein Unter- oder gar Abbruch der Ausbildung wird vermieden. Bestehen keine Perspektiven für eine Anschlusslösung, droht die Gefahr, dass die Ausbildung abgebrochen werden muss, was für die Betroffenen und ihr Umfeld sehr belastend sein kann.

Mit einem Postulat der FDP wird der Regierungsrat nun eingeladen aufzuzeigen, welche Möglichkeiten er sieht, dass Lernende trotz Be-

triebsschliessungen ihre Ausbildungsperspektiven behalten können. Die FDP empfiehlt sechs Monate, in Ausnahmefällen sogar mehr. Gefragt sind Ideen und Massnahmen, wie die Überbrückungsfrist zielgerichtet genutzt werden kann und mit welchen Massnahmen die obligatorischen überbetrieblichen Kurse für die vertragslosen Lernenden finanziert werden. Es geht explizit nicht darum, neue staatliche Angebote zu schaffen. Es geht darum, in enger Koordination mit betroffenen Branchen- und Berufsbildungsverbänden Massnahmen zu erarbeiten.

Unterstützung bei fehlendem Lehrverhältnis

Es gibt Lernende, die das Qualifikationsverfahren nicht bestehen und ohne Lehrvertrag zu Repetenten werden. Eine von der FDP mitunterzeichnete Motion fordert, dass Repetierenden ohne Lehrvertrag mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Zürich ebenso wie Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Zürich, die sich unter Anrechnung ihrer beruflichen Erfahrungen auf das Qualifikationsverfahren vorbereiten, die Kosten für den inner- oder ausserkantonalen Berufsfachschulunterricht und die überbetrieblichen Kurse



Dieter Kläy

von Kanton und/oder Berufsbildungsfonds übernommen werden. Eine zweite Chance verdient hat jeder.

Dank guter Ausbildung will die FDP zum Nutzen aller Zukunftsperspektiven schaffen.

Dieter Kläy
Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur

Bei der Wettbewerbsfähigkeit top sein – und noch besser werden

Mit Innovation und flexiblerem Arbeitsrecht in die Post-Corona-Ära

Die Schweiz ist das wettbewerbsstärkste Land der Welt – und der Kanton Zürich als dessen Wirtschaftsmotor hat an dieser Goldmedaille einen grossen Anteil! Wie das jüngste Ranking des Institute for Management Development zeigt, hat unser Land in diversen Kriterien am besten abgeschnitten und deshalb Singapur und Dänemark von den Topplätzen verdrängt: So sind wir etwa bei der Infrastruktur top, ebenso bei den öffentlichen Finanzen, beim institutionellen Rahmenwerk und bei der Finanzierungssituation für Unternehmen. Zudem wird der Schweiz attestiert, die Pandemie wirtschaftlich recht gut gemeistert zu haben.

Wir sind also gut aufgestellt und können auf unseren Stärken aufbauen. Damit der Wirtschaftsstandort Zürich jedoch international top bleibt, sind weitere Anstrengungen nötig. Vier Punkte sind aus meiner Sicht zentral:

1. Corona hat die Arbeitswelt nachhaltig verändert. Der Wunsch der Arbeitnehmenden nach hybriden Arbeitsformen – im Büro, zu Hause oder im Co-Working-Space –, aber auch nach flexibleren Arbeitszei-



Carmen Walker Späh

ten ist weit verbreitet. Das aktuelle Arbeitsgesetz ist jedoch zu starr. Ein flexibleres Arbeitsrecht, das der heutigen Lebenswirklichkeit entspricht, würde den Arbeitsmarkt stärken.

2. Die staatlichen Corona-Hilfen waren richtig und wichtig. Sie dürfen aber nicht zu weiteren Fesseln und einer stärkeren Abhängigkeit der Unternehmen von der Politik führen. Ein freies Unternehmertum ist und bleibt der Schlüssel für unser Erfolgsmodell Schweiz.

3. Das Verhältnis Schweiz–EU benötigt eine Klärung. Unsicherheiten schwächen den Wirtschafts- und Bildungsstandort Zürich – wie die vorläufige Nichtbetei-

ligung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» zeigt.

4. Die vielen Chancen der Digitalisierung sollten konsequenter genutzt werden – in der Privatwirtschaft und beim Staat. Zürich benötigt mehr Investitionen in neue Technologien und in Ideen von morgen. Es braucht mutige Vorhaben, damit Wissenschaft und Wirtschaft noch besser zusammenarbeiten kann – wie zum Beispiel mit dem Projekt Innovationspark in Dübendorf. Der volkswirtschaftliche Effekt des IPZ beträgt gemäss einer Studie 2,4 Milliarden Franken, zudem würden über 10000 Arbeitsplätze entstehen.

Bei der Wettbewerbsstärke top sein – und noch besser werden! Das sollten die Perspektive von Zürich für die Post-Corona-Ära sein. Gelingen kann dies nur mit Innovation, (internationaler) Zusammenarbeit, einem gut funktionierenden Arbeitsmarkt sowie besten staatlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen.

Carmen Walker Späh
Volkswirtschaftsdirektorin Kanton Zürich

Aus der Fraktion

Von der Savanne in den Operationsaal – die FDP-Fraktion war vielbeschäftigt im Frühsommer 2021

Nach einer eher tristen Zeit ohne gesellschaftliche Anlässe wegen Corona, konnte die Fraktion ihren ersten Ausflug seit fast zwei Jahren machen. Und das Warten hat sich gelohnt. Dank der Organisation von Martin Farner und Sonja Rueff-Frenkel ging es in den Zoo Zürich. Dort wurden wir von Zoodirektor Severin Dressen und Vizedirektor Andi Hohl sachkundig durch die Lewa Savanne geführt. Hier erfuhren wir, wieso die Lewa Savanne eigentlich auch ein Kunstmuseum ist und, wie man die Vegetation vor gefräßigen Nashörnern und Giraffen schützt. Beim anschliessenden Apéro fand ein reger Austausch über den spannenden Blick hinter die Kulissen statt. Bei einem Znacht mit Blick auf die Savanne liessen wir den Abend zusammen mit Verwaltungsratspräsident Martin Naville ausklingen. Ein wirklich gelungener Ausflug und eine wohltuende Abwechslung zum arbeitsamen Alltag im Kantonsrat.

Denn:

Die Fraktions- und Kantonsratssitzungen vor den Sommerferien waren geprägt vom Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG). Dank einer bürgerlichen Allianz gelang es, nach einer intensiven Debatte ein mehrheitlich liberales SPFG durchzusetzen und die regulierungsfreudigen Anhänger der Staatsmedizin in Schach zu halten.

Für die FDP ist wichtig, dass in den Spitälern weiterhin ein gesunder Wettbewerb zugunsten der Patientinnen und Patienten und nicht auf Kosten derselben stattfindet. Dafür braucht ein Spital Freiraum. Es muss sich so positionieren können, dass die bestmögliche Qualität für seine Patientinnen und Patienten und gute Rahmenbedingungen für die Ärzteschaft, die Pflege und weitere im Gesundheitswesen arbeitende Personen resultieren. Ein Spital muss zudem wirtschaftlich vernünftig agieren können.



Die FDP-Fraktion unterwegs in der Savanne des Zoo Zürich.

Dies ist nach der Revision weiterhin gewährleistet dank mehr Flexibilität bei den Leistungsaufträgen. Mehr Flexibilität gibt es auch dank der neu geschaffenen Möglichkeit von Nebenstandorten und dank dem aufgehobenen Zwang, eine Notfallstation zu führen. Es ist erfreulich, dass Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit weiterhin zentral sind bei der Vergabe von Leistungsaufträgen.

Beatrix Frey-Eigenmann
Fraktionspräsidentin FDP Kanton Zürich

Einladung zum ersten Anlass

Dialogplattform Finanzplatz Zürich

Die «Dialogplattform Finanzplatz Zürich» ist eine Initiative von FDP-Mitgliedern aus der Finanzbranche, unterstützt von der FDP Kanton Zürich als Trägerin. Die Initiative versteht sich als Netzwerkplattform und Forum für FDP-Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten mit einem Finanzplatzbezug. Wir diskutieren und debattieren, was den Finanzplatz bewegt.

Arbeitest Du bei einer Bank, einer Versicherung, einem Asset Manager, einem Fintech oder einem anderen Finanzdienstleister im Raum Zürich? Interessierst Du dich für aktuelle Fragen rund um den Finanzplatz? Dann bist Du bei unserem ersten Anlass richtig:

«Sustainable Finance»: Chancen und Herausforderungen für den Finanzplatz Zürich

Datum: Montag, 25. Oktober 2021
Ort: Swiss Re, Mythenquai 50/60, 8022 Zürich
Dauer: 18.30 Uhr bis ca. 20.00 Uhr, anschliessend Apéro

Programm

- Begrüssung
- Grusswort Hans-Jakob Boesch, Präsident FDP Kanton Zürich
- Impulsreferate und Panel zur Frage «Sustainable Finance: was steckt darin?»
Michael Baldinger, Group Sustainability Officer, UBS Group AG
Sabine Döbeli, CEO Swiss Sustainable Finance
Guido Fürer, Group Chief Investment Officer, Swiss Re
- Diskussion und anschliessender Netzwerkapéro

Anmeldung: Bis am 20. Oktober 2021 an info@fdp-zh.ch oder auf der Website www.fdp-zh.ch

Wir freuen uns auf Deine Teilnahme.

OK «Dialogplattform Finanzplatz Zürich»

Andrea Barmettler (FDP Uitikon), Beat Habegger (FDP Stadt Zürich), Yves Keller (FDP Maur), Silvan Lipp (FDP Fällanden), André Müller (FDP Uitikon), Claudio Schneider (FDP Stadt Zürich)

Wir danken unseren Kooperationspartnern für ihre Unterstützung





Im Gespräch mit...

Martin Jucker, Bauer – Unternehmer – Innovator

Die Jucker Farm - eine über 100-jährige Erfolgsgeschichte. Du bist Bauer, Unternehmer, Innovator – was treibt dich an? Das ist vielschichtig. Aber ich habe eine grosse Abneigung gegenüber Routinearbeiten. Darum muss ich immer wieder neues «Futter» haben. Ich bin aber auch etwas trotzig und beweise gerne, dass es geht, vor allem wenn alle sagen, dass es nicht geht.

Ihr sagt von eurer Unternehmung: «Jucker Farm ist die Summe aller Menschen, die jeden Tag auf den Höfen arbeiten und mit ihrer Persönlichkeit das Unternehmen nachhaltig prägen.» Kannst du dazu etwas ausführen? Wir sind kein Betrieb, der auf perfekten Strukturen, perfektem CI/CD und Standardisierung aufbaut. Wir haben eine sehr bodenständige Werteebene, die uns zusammenhält. So hat auch jeder Mitarbeiter viel Freiheit und Möglichkeiten, mit seiner/ihrer Persönlichkeit die Jucker Farm zu prägen.

Wie wichtig sind dir als Unternehmer gute Rahmenbedingungen und wenig Regulatorien damit du «wirken» kannst? Kannst du ein Beispiel nennen, wo dir die Gesetzgebung in die Quere gekommen ist? Beispiele? Wir arbeiten in der Landwirtschaft in der Schweiz. Da sind wir deutlich näher an der Planwirtschaft als an Marktwirtschaft. Als Betrieb

mit maximaler Einzigartigkeit haben wir das Privileg, dass wir nirgends in die gängige Regulierung passen. Wir dürfen also sehr oft an neuer Auslegung oder Präjudiz mitarbeiten. Das dürfen ist oft auch ein Müssen ...

Bildest du in deinen Betrieben auch Lernende aus? Wie wichtig ist es, dass Unternehmen den Jungen Perspektiven für die Zukunft vermitteln? Da wir überall nicht wirklich das machen, was die anderen alle machen, ist es schwer für uns, Lehrlinge auszubilden. Die lernen oft schlicht nicht das, was es braucht für die LAP. Die Tatsache, dass wir sehr viele Quereinsteiger haben, die wir selber ausgebildet haben, zeigt aber auch, dass wir schon viel in Ausbildung investieren. Um die Führungskompetenzen der Kader zu stärken, haben wir extra die H.Akademie AG (www.h-akademie.ch) gegründet. Diese steht auch anderen inhabergeführten KMU zur Verfügung.

Aktuell ist die Biodiversitätsinitiative in aller Munde. Wie stellt sich Martin Jucker der Bauer zu diesem Thema? Ich bin gegen solche Gesetze, aber es muss da viel passieren. Wir sind auf dem Weg der regenerativen Landwirtschaft. Damit bringen wir Biodiversität auf alle Felder. Man kann die regenerative Landwirtschaft gut als Königsdisziplin be-

züglich Nachhaltigkeit bezeichnen. Wir sind bald klimapositiv als Betrieb. Der Grundsatz lautet, dass nur gesunde Böden auch gesundes Essen hergeben. Es geht nicht um ein Verbot von Pestiziden oder Kunstdünger, sondern um eine Anbaumethode, bei der es diese nicht mehr braucht. Würden alle Bauern auf diesen Weg einschwenken, wäre jeglicher Wind aus den Segeln dieser Initiative weg. Dafür müsste aber zuerst mehr Marktwirtschaft einkehren, sonst können die meisten Bauern gar nichts ändern.

Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich speziell? Grundsätzlich die Servicegesellschaft. Eigenverantwortung scheint aus dem Wortschatz von den meisten Politikern gestrichen zu sein. Überall wird absolute Sicherheit angestrebt und alle versuchen, jegliche Risiken weg zu regulieren. In der Konsequenz wird es genau darum gefährlicher.

Welches sind die Werte, die dir persönlich am wichtigsten sind? Ehrlichkeit, Verantwortung, Unternehmertum.

Gibt es einen Wunsch an die Politik von dir? Ja, eine Regulierungsbremse im Stil der Schuldenbremse und ein fixes Ablaufdatum für alle Gesetze und Verordnungen.

Hast du ein Motto, welches dich durch das Leben begleitet? Nein, das würde mich einschränken in der geistigen Freiheit.

Wir danken dir für das Interview und den Einblick!

Steckbrief

Martin Jucker leitet mit seinem Bruder Beat seit gut 20 Jahren die Unternehmung Jucker Farm und beschäftigt je nach Saison 200 bis 500 Mitarbeitende. Ende der 90er Jahre haben sie die Idee mit der Kürbisausstellung zum ersten Mal realisiert und schreiben seit diesem Zeitpunkt weiter an der erfolgreichen Unternehmensgeschichte der Familie Jucker in Seegraben, welche bis ins 1907 zurückreicht. Heute zählt die Unternehmung vier Erlebnishöfe, eine Kürbisausstellung in Deutschland zwei Restaurants sowie vier Hofläden. Ferner werden Events und Seminare von A – Z organisiert. Auf den Feldern werden diverse Kulturen angebaut – von Kürbis über Spargeln bis zu Kichererbsen. In der hofeigenen Manufaktur, Küche und Bäckerei werden die regionalen Spezialitäten veredelt. (www.juckerfarm.ch)

Mit übergrossen Eheringen wurde die Ehe für alle von der Aare ins Trockene gebracht. Foto: Patrick Wehrli



«Ehe für alle» bringt Freisinnige auf die Strasse

Gemeinsames Engagement

Unter dem Motto «Love is liberal» läuft die gemeinsame Kampagne von RADIGAL, FDP und Jungfreisinn für ein Ja zur «Ehe für alle». Die Abstimmung bewegt Freisinnige in der ganzen Schweiz, was mit den zahlreichen Aktionen und Testimonials der Parteimitglieder sichtbar wird.

Es ist kein Wunder, bewegt die Vorlage der «Ehe für alle» die Freisinnigen besonders, denn die Ehe ist ein urliberales Konstrukt. Diese eigenverantwortliche Absicherung zwischen zwei Menschen und deren Nachwuchs ist deshalb ein wichtiges Anliegen, weil es eine freiwillige, private Sicherheit beinhaltet. Somit muss in erster Instanz nicht der Staat einspringen. Deshalb ist es wünschenswert, dass dieses Versprechen der gegenseitigen Fürsorge und Liebe allen Menschen zusteht.

Bunte Guerilla-Aktionen

Zum Auftakt des Abstimmungskampfes kleideten die Jungfreisinnigen Baselland den Liestaler Aussichtsturm mit einer 12 Meter langen Regenbogenflagge ein. Zudem haben die Jungfreisinnigen Basel-Stadt vor der Basler Pfalz mit einem Transparent in der gleichen Grössenordnung ein Zeichen für die «Ehe für alle» gesetzt. Auch die Jungfreisinnigen Aargau versammelten sich auf der Ruine Stein in Baden und hissten eine übergrosse Regenbogenfahne.



Von links: Michel Tschank, Michele Barone und Jill Nussbaumer von RADIGAL am Kongress der Jungfreisinnigen.



Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt vor der Basler Pfalz.

Die «Ehe für alle» ins Trockene bringen

In den Kantonen Bern, Neuchâtel und Tessin fanden Anlässe neben und auf dem Wasser statt. Mit Gummibooten und zwei überdimensionalen Eheringen machten wir auf die «Ehe für alle» aufmerksam. Weitere Aktionstage folgen in Zürich und Luzern. Alle sind herzlich eingeladen, teilzunehmen. Die Anlässe finden am Sonntag, 12. September, in Zürich (Anmeldung unter luis.deplazes@jfzh.ch) und am Sonntag, 19. in Luzern (Anmeldung unter thomas.vonallmen@jflu.ch) statt. Mit den Aktionen auf den Gewässern wollen wir die Abstimmung symbolisch ins Trockene bringen

Jill Nussbaumer

Kommunikationsverantwortliche RADIGAL, Vizepräsidentin Jungfreisinnige Schweiz

www.radigal.ch

Spendenaufruf

Für die Finanzierung der Kampagne sind wir um jede Spende froh. Das Geld fliesst vollumfänglich der gemeinsamen freisinnigen Kampagne zu.

Spende über Banküberweisung an RADIGAL CH54 0900 0000 8709 9069 2 oder via TWINT

Bequem mit TWINT bezahlen



Öffnen Sie Ihre TWINT App und tippen Sie auf das QR-Code Symbol. Scannen Sie den QR-Code.

Geben Sie den Totalbetrag ein und bestätigen Sie die Zahlung.

Jungfreisinnige Schweiz



Es herrscht Handlungsbedarf

Enkeltaugliche Lösungen für Altersvorsorge und Gesundheit

Im Nachgang zur grossangelegten Mitgliederbefragung hat die FDP Ziele und Forderungen für die Themenbereiche Altersvorsorge & Gesundheit erarbeitet. Die Positionen zeigen auf, was es braucht, damit künftige Generationen von gesicherten Renten und einem leistungsfähigen Gesundheitswesen profitieren können.

Die Themen Altersvorsorge und Gesundheit nehmen in Sorgenbarometern der Schweizerinnen und Schweizer regelmässig Spitzenplätze ein. Auch die Mitgliederbefragung, die die FDP im letzten Jahr durchführte, befasste sich mit diesen Themenbereichen. Die zahlreichen Inputs wurden aufgenommen und in Arbeitsgruppen diskutiert. Als erstes Resultat veröffentlichte die FDP diesen Sommer eine Broschüre mit Zielen und Forderungen. Damit zeigen wir auf, wie auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von gesicherten Sozialwerken und einem hochwertigen Gesundheitswesen profitieren können. Das Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge ist weltweit einzigartig und eine grosse Errungenschaft der Schweiz. Allerdings hat die Altersvorsorge unbestritten Reformbedarf.



Ziele der FDP

- › Flexibles Vorsorgesystem: Starre Systeme gehören der Vergangenheit an.
- › Die Nachhaltigkeit der Finanzierung muss im Zentrum stehen. Bei der Anlagepolitik in der Altersvorsorge werden auch ökologische Nachhaltigkeitsaspekte beachtet.
- › Schrittweise Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge. Für Junge soll dies ab Eintritt stattfinden.
- › Ausgewogenheit: Die Arbeit darf nicht übermässig verteuert werden. Es braucht ausgewogene Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Soziale Nachhaltigkeit erfordert insbesondere auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Mittelfristige Forderungen

- › Erhöhung des Rentenalters auf 66 und schrittweise Anpassung an die Lebenserwartung. Es wird auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten in der 1. und 2. Säule Rücksicht genommen.
- › BVG: Liechtensteiner Modell als möglicher Weg, mit keinem politisch beeinflussbaren Mindestumwandlungssatz oder Mindestzins, dafür einem Auftrag an die Vorsorgeeinrichtungen, prioritär für die Erreichung des verfassungsmässigen Ziels zu sorgen. Die Politik legt das Ziel fest, die Sozialpartner sind für die Umsetzung verantwortlich.
- › Freie Wahl der Pensionskasse, unter Einbezug des Arbeitgebers. Der Versicherte darf verstärkt – nämlich nicht nur über die Stiftungsräte seiner Pensionskasse, sondern auch als Einzelperson – bei der Anlagepolitik mitreden. Er ist zum Sparen gezwungen und sollte somit auch mitentscheiden können.
- › Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen.
- › Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmenden nicht zu untergraben. Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG und AHV.
- › Keine neuen Umverteilungsinstrumente zulasten der Jungen.
- › Neue Wege für die 3. Säule: Im Zentrum sollen dabei nicht nur Steuervorteile stehen.

Langfristige Forderung

- › Einführung einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge, als Antwort auf die Sorgen der Frauen bzgl. Absicherung und als Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Das Rentensystem muss sich an der Geschlechtergleichheit und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen ausrichten. Die Gesundheitsversorgung ist in der Schweiz von sehr hoher Qualität. Das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt. Es ist die Aufgabe unserer Generation, dafür zu sorgen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von denselben – im internationalen Vergleich führenden – Qualitätsstandards im Gesundheitswesen profitieren können. Ziele der FDP
- › Weg von der Kostenperspektive hin zu einer Preis-Leistungs-Diskussion. Dazu braucht es den Erhalt der Wahlfreiheiten bzgl. Leistungserbringer und Versicherer sowie mehr nutzenorientierten Wettbewerb dank mehr Qualitätstransparenz.
- › Bekämpfung der Nationalisierungstendenzen im Gesundheitswesen. Das föderale System im Gesundheitswesen wird unterstützt und gestärkt. Die bei der Einführung des KVG 1996 vorgesehenen Wettbewerbsselemente müssen beibehalten bzw. wiederhergestellt werden.
- › Verstärkung der überregionalen Zusammenarbeit von Spitälern. Zentralisierung nur dort, wo dadurch die Qualität verbessert werden kann. Überangebote werden abgebaut.
- › Förderung der individuellen Verantwortung für Gesundheit und Gesundheitsvorsorge.

Mittelfristige Forderungen

- › Die den Tarifpartnern gewährte Freiheit muss erhalten bleiben, um Innovationen zu fördern. Keine Stärkung der Macht der Verwaltung. Anstatt die ambulante und stationäre medizinische Versorgung immer detaillierter zu planen, soll sich der Staat auf Massnahmen beschränken, welche die Versorgungssicherheit dort gewährleistet, wo der regulierte Wettbewerb gemäss KVG diese nicht sicherstellt.
- › Stärkung der Transparenz: Der Arzt muss über die Kosten informieren. Es braucht verlässliche Qualitätsindikatoren für die Leistungen.
- › Spitalplanung überdenken und Synergien zwischen öffentlichem und privatem Sektor besser nutzen. Die kantonale Logik verlassen, um auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wettbewerb zwischen Spitälern auf Basis einheitlicher Qualitätskriterien, deren effektive Einhaltung kontrolliert wird. Eine Strukturhaltung über kantonale Subventionen («gemeinwirtschaftliche Leistungen») wird vehement bekämpft. Die Zuständigkeiten werden geklärt und die Sicherstellung der Versorgung erfolgt zunehmend von den Kantonsgrenzen losgelöst.
- › Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Der Bund legt die Rahmenbedingungen für eine sichere und einheitliche Dateninfrastruktur fest, definiert technische Standards und Transparenzanforderungen und garantiert Akteuren den Zugang und der Bevölkerung die Hoheit über ihre Daten. Gesundheitsdaten werden für Qualitätsverbesserungen genutzt und entsprechend erhoben. Das Thema Cyber Security im Gesundheitswesen wird sorgfältig angepackt.
- › 3.-Säule-Gelder können privilegiert für das individuelle Sparen für die Pflege im Alter verwendet werden.
- › Weg vom Numerus clausus: Die Zulassung zur medizinischen Ausbildung junger Menschen in der Schweiz wird neu geregelt.

Langfristige Forderungen

- › Verlassen des derzeitigen Systems, das zu sehr auf «Silodenken» ausgerichtet ist, und den Patienten/die Patientin wieder in den Mittelpunkt stellen. Ob eine Leistung von einem/r Arzt/Ärztin, Apotheker/in oder einer Pflegefachkraft erbracht wird, sollte nicht mehr die zentrale Frage sein. Die Qualität der Dienstleistungen bleibt kontrolliert und garantiert.
- › Einführung eines ergebnisbasierten Vergütungssystems. Dabei muss die Wirtschaftlichkeit der Vergütung bewiesen und gesteigert werden.



«Unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an.»

Andri Silberschmidt
Nationalrat

Nachgefragt bei Nationalrat Andri Silberschmidt

Wie gelang es, die Antworten aus der Mitgliederbefragung in griffige Forderungen und Ziele zu verpacken? Die Antworten zur Altersvorsorge waren relativ klar, weshalb es ein Einfaches war, daraus konkrete Forderungen abzuleiten. Etwas intensivere Diskussionen erforderten die Antworten zur Gesundheit: Es gab keine klaren Mehrheiten für oder gegen gewisse Reformen, was es erschwerte, konkrete Ziele zu formulieren. Der Arbeitsgruppe war es aber wichtig, die Altersvorsorge nachhaltig zu finanzieren und die Qualität unseres Gesundheitswesens zu erhalten. Am Ende gelang es uns, jeweils acht Forderungen zu formulieren, welche sowohl die Altersvorsorge als auch das Gesundheitswesen enkeltauglich machen sollen.

Reformen in der Altersvorsorge sind kaum umsetzbar. Wie können die Forderungen und Ziele der FDP einen Beitrag leisten? Anders als die linken Enteignungsträume – erst kürzlich meinte Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber in einem Streitgespräch mit mir, sie wolle das BVG in die AHV überführen – präsentiert die FDP realistische Reformvorschläge, welche unsere Altersvorsorge nachhaltig

sichern. Denn unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an und die systemfremde Umverteilung im BVG geht weiter.

Im Gesundheitswesen schmerzen insbesondere die Prämienkosten. Wie können die Forderungen der FDP diesem Problem entgegenwirken? Zentral ist die konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens diesbezüglich ist die Schweiz heute ein Entwicklungsland. Mit einer flächendeckenden und einheitlichen Dateninfrastruktur sollen sich die einzelnen Leistungserbringer digital vernetzen können, was die Effizienz steigern und die Kosten bei besserer Qualität senken soll.

Die Broschüre «Altersvorsorge & Gesundheit» bietet eine gute Übersicht über die FDP-Positionen. Wie können diese nun im Parlament umgesetzt werden?

Die Broschüre ist ein klarer Auftrag und enthält konkrete Forderungen, die nun durch uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier ins Parlament getragen werden müssen. Dort gilt es, breit abgestützte Vorstösse zu lancieren, Mehrheiten zu bilden und so das Ziel einer nachhaltig finanzierten Altersvorsorge sowie eines patientenorientierten Gesundheitssystems zu erreichen.

FDP-Präsidentin Petra Gössi spricht an der DV in Martigny zu den Delegierten.



«Persönliche Begegnungen waren mir am liebsten»

Petra Gössi blickt zurück

Am 2. Oktober wählen die Delegierten die Nachfolge von Parteipräsidentin Petra Gössi. Im Interview spricht sie über die Freuden und Entbehrungen des Amtes und weshalb die freisinnige Debattenkultur positiv ist.

Im April 2016 wurdest du zur FDP-Präsidentin gewählt. Mit welchen Erwartungen und Zielen hast du das Amt angetreten? Ich wollte gestalten und gemeinsam mit den Mitgliedern unsere Ziele erreichen. Wichtig war mir auch der rege Austausch mit der Basis, wobei ich viele Rückmeldungen erhielt. Wir konnten zweimal die Meinung der Basis in Befragungen abholen, was mir ein grosses Anliegen war. Ich wünsche mir auch, dass dieser Austausch weiter besteht. Meines Erachtens diskutieren wir wieder intensiver über Themen. Es

gab lebendige Delegiertenversammlungen mit Anträgen und Debatten. Das zeigte sich auch in der Umweltpolitik. Die Partei lebt von solchen Diskussionen.

Was konntest du nicht wie gewünscht umsetzen? Eine tragfähige Reform der Altersvorsorge liess sich bis jetzt leider nicht umsetzen. Aus meiner Sicht ist die Altersvorsorge eines der dringendsten Themen und ich freue mich, dass mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und den Bestre-

bungen im Parlament die Thematik an Gewicht gewinnt. Ebenfalls etwas zu kurz gekommen, ist ein umfassendes Sicherheitspapier, auch im Hinblick auf die neuen Kampfflugzeuge. In diesen Fragen muss die FDP ihre Position wieder kerniger markieren.

Welche Aspekte des Amtes haben dich überrascht? Theoretisch weiss man um die zeitliche Beanspruchung, man spürt sie aber erst, wenn man mittendrin steckt. Die ständige Verfügbarkeit für die Medien nimmt viel Zeit in Anspruch. Diese Erfahrungen waren nicht überraschend, aber dennoch intensiv. Positiv überrascht hat mich die Energie, die man im Austausch mit den Leuten erhält. Die unzähligen Begegnungen fand ich super.

Durch Corona fielen diese weitgehend weg, was sehr schade war. Digitale Sitzungen funktionieren für Informationsvermittlung, aber nicht, um etwas voranzutreiben.

Was hat dich bei den vielen persönlichen Begegnungen besonders geprägt? Die Vielfalt der Schweiz zu erleben, war sehr bereichernd. Die vielen Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten. Ich habe festgestellt, dass alle Schweizerinnen und Schweizer extrem stolz auf ihren Herkunftsort sind, sei es im Jura, im Tessin oder in Appenzell-Ausserrhoden. Auch die vielen Bräuche, die ich kennenlernen durfte, waren spannend. All diese Treffen und Begegnung waren meine liebsten Aufgaben. Ich bedaure einzig, dass ich immer noch nie an einer Landsgemeinde war.

Das Amt als Parteipräsidentin ist hochintensiv, gleichzeitig gibt es für dich ein berufliches und privates Leben neben der Politik. Wie hat dieser Spagat funktioniert? Das ist eine reine Organisationsfrage. Aber man muss sich bewusst sein, dass wir in einem Milizsystem leben. Mir war es wichtig, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht mit der Politik verdiene und meine Unabhängigkeit bewahre. Deshalb ist jetzt nach 5,5 Jahren die Zeit gekommen, das Amt weiterzugeben und mich neu auszurichten. Grundsätzlich ist es aber kein Spagat, wenn man die Dinge gerne tut und sich bewusst dafür entscheidet.

Du hast in den letzten fünf Jahren unzählige Sektionen besucht. Was für eine FDP hast du kennen gelernt? Unsere Parteimitglieder brennen für liberale Ideen und bringen sich gerne ein. Sie wollen abgeholt werden und mitreden. Das war überall deutlich zu spüren. Freisinnige übernehmen Verantwortung, erwarten dies aber auch von anderen. Bei vielen Anlässen fand ein spannender Austausch über Ideen und Visionen, aber auch Alltägliches statt.

Die FDP verfügt über eine ausgeprägte Diskussionskultur. Wie kann diese positiv genutzt werden? Die Medien berichten gerne über parteiinterne Uneinigheiten. Dies wäre nicht mehr möglich, wenn wir uns auf gemeinsame Regeln verständigen. Konkret, dass Mehrheitsentscheide akzeptiert werden. Im Vorfeld sollen und müssen Debatten stattfinden, das ist keinesfalls eine Schwäche. Ist ein Entscheid aber gefällt, soll er von allen respektiert werden. Schliesslich sind jeweils alle unsere Gremien in die Entscheidungsfindung involviert. Wichtig ist auch, dass unsere Exponenten Entscheide bis auf Stufe Ortsparteien hineinragen und unsere Argumente aufzeigen. Dies müssen wir noch verbessern.



Ist es für die FDP besonders herausfordernd die eigenen Positionen zu verkaufen? Wir vertreten keine Maximalforderungen und versuchen oft, Brücken zu schlagen. Das ist in der Öffentlichkeit schwieriger zu portieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin auf unsere Kommunikationskanäle setzen, damit unsere Standpunkte bis zu allen Mitgliedern durchdringen. Diese Fähigkeit konnten wir in den letzten Jahren bereits stärken, sie lässt sich aber noch ausbauen.

Der Rücktrittsentscheid wurde insbesondere von zahlreichen Frauen bedauert. Hat dich das überrascht? So deutlich habe ich das nicht wahrgenommen. Aber es überrascht mich nicht, weil wir mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter und mir zwei bekannte Aushängeschilder haben. Frauen brauchen oft Vorbilder und fürchten vielleicht, dass in der FDP nun eine Vorbildfunktion wegfällt. Die FDP ist punkto Frauen aber gut aufgestellt. Wir haben mit Karin Keller-Sutter eine hervorragende Bundesrätin und mit Fanny Noghero eine Generalsekretärin. Das stärkste Signal ist jedoch, wenn Frauen selbstverständlich in Führungspositionen sind. Dann bringen wir auch vermehrt Frauen auf unsere Listen und in Gremien.

Was bedeutet ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin für die Positionen der FDP? Es ist klar, dass meine Nachfolge eine eigene Persönlichkeit mitbringt. Bezüglich der inhaltlichen Positionierung ist es nicht der Präsident oder die Präsidentin, die bestimmen, sondern die Delegierten. Diese

ändern nicht und haben die bisherigen Positionen gestützt. Ansonsten wären entsprechende Anträge bereits gekommen. Mir ist wichtig, dass das breite Themenspektrum der FDP bestehen bleibt. Unsere bewährten Kernkompetenzen zu pflegen, heisst nicht, andere Themen zu vernachlässigen.

Was wirst du vermissen? An vorderster Front mitgestalten und der ständige Kontakt mit unseren Mitgliedern.

Was nicht? Die ständige Verfügbarkeit für die Medien. Ich freue mich auf entspannte Wochenenden, an denen ich nicht erreichbar bin.

Am 2. Oktober wird deine Nachfolgerin oder dein Nachfolger gewählt. Welchen Rat gibst du ihr oder ihm? Authentisch und sich selbst bleiben. Sich mit Feuer für die Partei einsetzen und für eigene Überzeugungen kämpfen. Und natürlich eine dicke Haut haben, wenn die Medien Kritik üben. Wichtig ist auch, sich mit einem guten Team zu umgeben.

Was möchtest du der FDP-Familie zum Abschied auf den Weg geben? Jetzt haben wir noch zwei Jahre, um mit vollem Einsatz zu kämpfen. Dann können wir an den eidgenössischen Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen. Wir haben es selbst in der Hand und können unsere Zukunft gestalten.

Interview: Marco Wölfli

Delegiertenversammlung

Mehr als 200 Delegierte fanden sich in Martigny ein.
Fotos: Désirée Dittes



Wiedersehen in Martigny

Delegierte treffen sich wieder persönlich

Die Freude über den direkten Austausch war bei allen Freisinnigen spürbar. Die Delegierten fassten deutlich die Ja-Parole zur Ehe für alle und ebenso deutlich die Nein-Parole zur 99%-Initiative.

Knapp eineinhalb Jahre nach der letzten physischen Delegiertenversammlung trafen sich die Delegierten der FDP Schweiz wieder persönlich in Martigny VS um die Abstimmungen von September zu diskutieren. Parteipräsidentin Petra Gössi betonte bei ihrer Rede die Bedeutung der FDP als Volkspartei, die sich mit allen Themenbereichen befasst: «Antworten auf politische Fragen lassen sich am besten finden, wenn wir uns nicht scheuen, einen Ideenwettbewerb in Gang zu bringen. Wir als FDP haben es mehr als alle anderen Parteien in unserem liberalen Erbgut, diesen Ideenwettbewerb zu nutzen, um die Wähler wieder stärker für uns zu gewinnen.»

Ja zur Ehe für alle

Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie

sie es für richtig halten. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Die Ehe für alle ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare. FDP-Nationalrat Damien Cottier als Befürworter sowie SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor, Mitglied des Referendumskomitees, präsentierten der DV die Argumente. Schliesslich unterstützten die Delegierten diese liberale und progressive Vorlage deutlich mit 211 Ja zu 21 Nein bei 21 Enthaltungen.

Nein zur 99%-Initiative

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative) wurde von der Juso lanciert und fordert, dass die Kapitaleinkommen ab einem gewissen Schwellenwert eineinhalbmal so stark zu besteuern seien wie Lohninkommen. Die Annahme der 99%-Initiative würde eine



Traktandiert waren Parolenfassungen und Informationen zu den Themen Altersvorsorge & Gesundheit.



Parteipräsidentin Petra Gössi begrüßte die Delegierten im Wallis.



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, diskutiert engagiert.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter nutzte die Gelegenheit für eine persönliche Botschaft.



Florian Piasenta, Präsident FDP Wallis, fungierte als Gastgeber.



Persönliche Begegnungen standen im Zentrum.



Nationalrat Damien Cottier weibelte für die Ehe für alle.



Generalsekretärin Fanny Noghero verabschiedete Kampagnenleiter Marcel Schuler.

massiv höhere Steuerlast für Investoren, Unternehmer, Sparer und Gutverdienende bedeuten und der Attraktivität des Standorts Schweiz schaden. Die Folgen wären schrumpfende Investitionen sowie weniger Innovation und Unternehmergeist. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die gravierenden Mängel dieser Initiative erkannt und fassten nach einer Debatte zwischen Juso-Präsidentin Ronja Jansen und Nicolas Jutzet, Vizepräsident der Jungfreisinnigen, die Nein-Parole mit 2 Ja : 242 Nein : 6 Enthaltungen. Die nächste Delegiertenversammlung findet am 2. Oktober in Biel statt.



Nicolas Jutzet, Jungfreisinnige, debattiert mit Juso-Präsidentin Ronja Jansen.



Nationalrätin Isabelle Moret gab den Medien Auskunft.

Der Freisinn vom September 2001 atmet Zeitgeschichte.



Vor 20 Jahren waren Farbfotos noch deutlich weniger verbreitet.

Der Freisinn, der vor 20 Jahren erschien, befasste sich mit Steuerthemen, dem UNO-Beitritt und Basel. Ein Blick ins Archiv offenbart, was die Schweiz und die FDP damals bewegte.

Noch bevor islamistische Terroristen am 11. September 2001 die USA angriffen und die Welt erschütterten, erschien die September-Ausgabe des Schweizer Freisinns. Die Aufmacherstory war ein Text des damaligen Zürcher Nationalrats Rolf Hegetschweiler über die Grundstückgewinnsteuer. Mit präzisen Argumenten sezitiert er die Unsinnigkeit dieser Steuer und fordert deren Abschaffung. 20 Jahre später stellen wir fest, dass Hegetschweilers Bemühungen nicht gefruchtet haben. Die Grundstückgewinnsteuer ist auch heute noch in allen Kantonen in Kraft. Bedingte Ausnahme ist der Kanton Genf, wo die Grundstückgewinnsteuer entfällt, wenn zwischen Kauf und Verkauf eines Grundstücks 25 Jahre liegen. Erfolgreicher war das Engagement der FDP gegen die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer». Der Freisinn blickte auf die DV in Herisau zurück, an der die Nein-Parole gefasst wurde. Die Abstimmung im Dezember 2001 wurde schliesslich mit 67% Nein-Stimmen klar gewonnen.

UNO und Basel-Stadt

Der Blick in den Freisinn vom September 2001 zeigt auch, was die Schweizer Politik damals bewegte. So zum Beispiel die Frage des UNO-Beitritts der Schweiz. Im Freisinn erläuterte der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer, weshalb ein UNO-Beitritt der Schweiz die Neutralität nicht verletzen würden. Auch in dieser Frage folgte die Schweizer Bevölkerung ein halbes Jahr später der Position der FDP und sagte Ja zum UNO-Beitritt der Schweiz.

Ein grosses Thema war auch Basel-Stadt und zwar gleich zweimal. Zum einen feierte Basel-Stadt im 2001 500-jährige Mitgliedschaft in der Eidgenossenschaft. Dazu verfasste der Basler Freisinnige Markus Grolimund eine Rückschau und erklärte, weshalb sich die neue Verfassung des Stadtkantons verspätet. Aus Sicht der Basler FDP noch fast wichtiger, war der «Beitritt» zum Schweizer Freisinn. Die Kantonalpartei entschied sich demnach aus ökonomischen und ökologischen

Gründen dafür, auf den Schweizer Freisinn zu setzen. Auch 20 Jahre später erscheint der Basler Freisinn immer noch mit einem kantonalen Teil und Inhalten aus dem Schweizer Freisinn. Wer durch den Freisinn aus dem September 2001 blättert, erkennt direkte Linien von damaligen politischen Diskussionen zu heute, wie beispielsweise der Mutterschaftsurlaub zu den aktuellen Elternzeit-Forderungen. Daneben gibt es auch Themen, die nahezu unverändert immer noch aktuell sind, sei es in der Schweizer Politlandschaft oder innerhalb der FDP.

Marco Wölfli

Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und lesen Sie die ganze Freisinn-Ausgabe vom September 2001.





Die Herbstsession findet vom 13. September bis zum 1. Oktober statt.

Gewichtige Entscheide im Dauertakt

Vorschau auf die Herbstsession

Die Fülle an gewichtigen Geschäften in der Herbstsession zeigt den enormen Handlungsbedarf in diversen politischen Brennpunkten von der Vorsorge über die Klimapolitik bis zu diversen zentralen Entscheiden, die für den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung sind. Die FDP-Liberale-Fraktion wird auch in dieser Session an vorderster Front dafür kämpfen, dass diese wichtigen Reformen zum Erfolg geführt werden.

Nach der ersten Beratungsrunde der AHV21 in beiden Räten, geht es nun in dieser Session an die dringliche Differenzbereinigung; denn die Zeit drängt. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung für die Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Frauenrentenalters einigen: Sie sollen vor allem Frauen mit tiefsten Einkommen zugute kommen, die finanziellen Verbesserungen der AHV-Umlagerechnung aber auch nicht gleich wieder zunichte machen.

Konstruktive Europapolitik

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen hat sich die europapolitische Ausgangslage für die Schweiz markant verändert. Um

für die Zukunft der bilateralen Beziehungen mit der EU eine positive Grundlage zu schaffen, will der Bundesrat rasch die Deblockierung des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags (jährlich ca. 120 Mio. (nicht trennen) Franken, über zehn Jahre) an Projekte in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten vorantreiben. Darum soll in der Herbstsession die Vorlage im dringlichen Verfahren behandelt werden. Die FDP befürwortet diesen Ansatz. Die Freigabe ist die logische Weiterführung der von BR Cassis eingeleiteten, proaktiven Massnahmen, um den Beziehungen mit der EU neue, konstruktive Impulse zu geben.

Klimaschutz fortführen

Wie beim Rahmenabkommen steht die Schweiz

auch bei der Klimapolitik vor einer neuen Ausgangslage, nachdem die Volksabstimmung zum neuen CO₂-Gesetz abgelehnt wurde. Dank der FDP konnte aber bereits rasch eine Übergangsgesetzgebung erarbeitet werden, die die heutigen, unbestrittenen Massnahmen weiterführt. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke und umweltpolitische Rückschritte zu verhindern, und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen.

Wirtschaftsfreundlichkeit ist gefragt

Ein ganzes Bündel an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reformen, die alle auf langjährige FDP-Forderungen zurückgehen, ist in beiden Räten in der Herbstsession traktandiert. Dieses umfasst u. a. die Abschaffung der Industriezölle, die Abschaffung einer weiteren Stempelabgabe und die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen. Ob diese Massnahmen für eine Reduktion der Abgabenlast und zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich Mehrheiten finden, ist aber leider alles andere als klar. Umso mehr sind neben der FDP alle bürgerlichen Parteien gefordert, den wirtschaftspolitischen Tatbeweis zu liefern und die Rahmenbedingungen gerade im Wiederaufbau nach der Corona-Krise mit konkreten Massnahmen tatsächlich zu verbessern.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Abstimmung

Der Luzerner Ständerat Damian Müller engagiert sich gegen die 99%-Initiative.

Foto: Désirée Dittes



Nein zum Frontalangriff auf das Unternehmertum

Setzen wir ein Zeichen gegen den linken Klassenkampf

Die Jungsozialisten attackieren mit ihrer neuesten Initiative einmal mehr erfolgreiche Schweizer Firmen. Wir müssen diesem ideologisch motivierten Klassenkampf entschieden entgegentreten. Denn unsere KMU sind keine Abzocker, sondern sorgen für hochwertige Produkte und Dienstleistungen, bieten Arbeitsplätze und tätigen Investitionen.

Wieder einmal skandieren die Jungsozialisten (Juso) den Klassenkampf. Wieder einmal bedient sich die Linke der immer gleichen Klischees und behauptet keck, es sei doch genügend Geld da für ihre Begehrlichkeiten. Nur: Dieses Geld ist nicht einfach da, sondern es gehört jemandem. Wollen wir wirklich der Enteignung von privaten Vermögen und massiver staatlicher Umverteilung zustimmen? Bereits mehrere Male haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Ansinnen der Juso an der Urne eine Abfuhr erteilt. Doch das hält diese nicht von immer neuen Forderungen ab. Diesmal behaupten die Initianten, dass nur ein Prozent der Bevölkerung von ihren Begehrlichkeiten betroffen wäre. Das ist schlicht falsch: Auch Hauseigentümerinnen und -eigentümer, Kleinsparer, Landwirte sowie Start-ups und Unternehmer müssten nach dem Willen der Juso substanziell mehr Steuern bezahlen. Die Initiative verlangt nämlich, dass Kapitalerträge immer zu 100 Prozent als Einkommen zu versteuern sind. Wer eine Aktie mit etwas Gewinn verkauft, erzielt eine Erhöhung seines steuerbaren Einkommens. Wer das im grösseren Rahmen tut

und den Schwellenwert von 100 000 Franken erreicht, müsste auf jeden gewinnbringend erwirtschafteten Franken einen fiktiven Steuerbetrag in der Höhe von 50 Prozent zahlen.

Kapital wird bereits heute vierfach besteuert

Besonders unehrlich ist, dass die Initianten so tun, als würden solche Erträge nicht schon heute massiv besteuert. Es gibt in der Schweiz bereits eine vierfache Besteuerung von Kapital: Kapitalsteuern, Gewinnsteuern, Einkommensteuern auf Dividenden sowie die Vermögenssteuer. Das ist im Vergleich der Industrieländer eine überdurchschnittlich starke Besteuerung von Kapitaleinkommen. Vom sogenannten «Steuerdumping», von dem die Initiantinnen und Initianten ständig reden, also keine Spur.

Insbesondere KMU wären von der 99%-Initiative stark betroffen. Wer persönliches Vermögen in einem Betrieb gebunden hat, würde zur Kasse gebeten. Zusätzlich zur Vermögens- und Gewinnsteuer müssten dann auch Dividenden zu 100 Prozent oder gar 150 Prozent besteuert werden. Das

trifft alle Firmeninhaberinnen und -inhaber, die mehr als 10 Prozent am eigenen Betrieb halten. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Initianten sind dies aber nicht in erster Linie Menschen mit Milliardenunternehmen, sondern vorab KMU wie Präzisionswerkzeughersteller, Schreinereien oder Landwirtschaftsbetriebe. Wer erfolgreich wirtschaftet, müsste auf seine Dividenden statt 70 Prozent neu bis zu 150 Prozent Steuern zahlen. Dieses Geld fehlt dann logischerweise im Betrieb und schwächt die Innovationsfähigkeit empfindlich.

Zum Klumpenrisiko würde auch jede Betriebsübergabe. Die Nachfolgefrage in Familienunternehmen ist bereits heute ein Knackpunkt. Da jedes erfolgreiche Unternehmen im Laufe einer Generation an Wert gewinnt, würde die zusätzliche Besteuerung entweder weniger Erlös oder einen höheren Kaufbetrag bedeuten. Denn künftig würde die erzielte Wertsteigerung bis zu 150 Prozent als Einkommen besteuert. So ist diese Initiative höchst wirtschaftsfeindlich, weil sie den Kern des Unternehmertums angreift und die Substanz von Firmen schwächt. Die Initianten zielen angeblich nur auf das reichste ein Prozent ab – in Wahrheit würden aber alle zur Kasse gebeten, die erfolgreich wirtschaften. Deshalb ist es wichtig, am 26. September ein deutliches Zeichen gegen den Klassenkampf zu setzen und die Initiative zu versenken.

Damian Müller, Ständerat LU

Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach an der Delegiertenversammlung in Martigny auch über die Ehe für alle.
Foto: Désirée Dittes



«Es ist nicht am Staat, Sitten zu diktieren»

Justizministerin zur Ehe für alle

Bundesrätin Karin Keller-Sutter nennt im Interview mit dem Freisinn die Gründe für ein Ja am 26. September 2021 zur Vorlage Ehe für alle.

Die Zahl der Eheschliessungen in der Schweiz nimmt seit 2010 tendenziell ab. Wieso braucht es die Ehe für alle noch? Es waren in den 70er-Jahren auch schon weniger Hochzeiten. Interessant ist doch, dass diese Zahl in der Schweiz verhältnismässig stabil ist: Die Ehe bleibt populär, auch wenn wir heute auch andere Formen des Zusammenlebens kennen. Zwei Frauen oder zwei Männer können etwa eine eingetragene Partnerschaft eingehen. Diese ist der Ehe aber nicht gleichgestellt. Sie hat nicht die gleiche Symbolik und es bestehen nach wie vor auch rechtliche Unterschiede, etwa bei der Adoption von Kindern, beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie bei der Einbürgerung.

Ist die Ehe für alle mit der Verfassung vereinbar? Die Frage ist legitim, weil es dazu unterschiedliche Meinungen gibt. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt: Gutachten wurden eingeholt und Experten angehört. Beide sind zum Schluss

gekommen, dass eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare keine Verfassungsänderung erfordert. Die Verfassung definiert die Ehe nicht als Verbindung zwischen Frau und Mann.

Viele sagen, ein Kind brauche Mutter und Vater. Mit der Ehe für alle wäre dies erstmals anders. Nein, das wäre nichts Neues. In der Schweiz werden 40 Prozent der Ehen geschieden. 20 Prozent der Kinder leben heute in nicht-klassischen Familien. Jedes siebte Kind wächst bei nur einem Elternteil auf. Bereits heute ist für Paare in eingetragener Partnerschaft die Stiefkindadoption möglich. Kinder brauchen zuallererst verlässliche Beziehungen zu Menschen, die sie begleiten und ihnen ein Umfeld bieten, in dem sie Liebe und Geborgenheit erfahren können.

Die Gegner monieren, dass die Ehe für alle der Zwischenschritt zur Zulassung der Eizellenspende und Leihmutterschaft ist. Stimmt das? Nein, es sind hier

keine weiteren Anpassungen vorgesehen. Die anonyme Samenspende und die Eizellenspende bleiben für alle Paare verboten, das Verbot der Leihmutterschaft steht sogar in der Verfassung. Damit haben alle Ehepaare, auch gleichgeschlechtliche, im Bereich der Fortpflanzungsmedizin die gleichen Rechte.

Mit der Öffnung der Samenspende wissen Kinder von zwei Frauen nicht mehr, wer der Vater ist. Kinder haben ein Recht zu wissen, wo sie herkommen, das ist sogar in der Verfassung verankert. Das ist mir sehr wichtig. Darauf hat auch der Bundesrat in den parlamentarischen Beratungen gepocht. Der Ständerat hat dann eine gute Lösung gefunden, die dieses Recht sicherstellt: Bei der gesetzlich geregelten Samenspende von verheirateten Frauenpaaren wird jede Spende registriert. Jedes Kind kann mit 18 Jahren Einsicht in dieses Register verlangen. Anonyme Samenspenden bleiben in der Schweiz hingegen zu Recht verboten.

Die Schweiz gehört in Westeuropa zu den letzten Ländern, die die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. Wie kommt das? Ich bin der liberalen Überzeugung, dass der Wandel aus der Gesellschaft kommen muss. Wenn der Wandel reif ist, dann folgt die staatliche Gesetzgebung. Es ist nicht am Staat, Verhaltensweisen und Sitten zu diktieren. Die Forderung nach der Ehe für alle ist in der Gesellschaft gewachsen. Wir sehen, dass sie in dieser Frage heute viel offener ist als noch vor einigen Jahren.

Weshalb ist die Ehe für alle ein typisch freisinniges Anliegen? Am Ende ist die zivile Ehe ein Vertrag zwischen zwei Menschen, die sich lieben. Der Staat soll private Beziehungen nicht werten und den Menschen also auch nicht vorschreiben, wie sie ihr Paar- und Familienleben zu gestalten haben. Es gibt keinen Grund, diesen Vertrag nicht allen anzubieten. Der Staat lässt damit allen die Wahlfreiheit. Für die Ehe zwischen Frau und Mann ändert sich zudem nichts, es entsteht niemandem ein Nachteil. Ich finde, das ist eine liberale Kernforderung.

Sie sind seit 32 Jahren verheiratet. Würden Sie im Fall eines Ja zur Ehe für alle gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat empfehlen? Es ist nicht an mir als Bundesrätin, Ratschläge in Ehefragen zu erteilen, und schon gar nicht als Liberale (lacht). Jedes Paar soll die Form des Zusammenlebens selbst bestimmen. Ich kann nur für mich selbst reden: Die Heirat war für mich nie einfach eine juristische Sache, sondern eine Liebesheirat. Mir war auch die Symbolik wichtig.

Interview: Mario Epp

«Wenn der gesellschaftliche Wandel reif ist, folgt die staatliche Gesetzgebung.»

Der Neubau von Lehner Versand wird nächstes Jahr fertiggestellt.



Die Fotovoltaik-Anlage produziert Strom für 54 Haushalte.



Thomas Meier ist Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand.



Lehner Versand verschickt rund 1 Mio. Pakete pro Jahr.

Thomas Meier führt das Handelsunternehmen Lehner Versand und politisiert für die FDP im Luzerner Kantonsrat. Er setzt auf nachhaltige Lösungen, die auf Freiwilligkeit beruhen.

Onlinehändler gehörten in den letzten Monaten zu den grossen Gewinnern. Aufgrund geschlossener Läden und Grenzen boomte der Einkauf im Internet. Davon profitieren nicht nur grosse Anbieter, sondern auch kleinere Händler wie beispielsweise Lehner Versand. Wobei das Familienunternehmen mit Sitz im luzernischen Schenkon als Omnichannel-Anbieter fungiert und auch über neun stationäre Läden in der ganzen Schweiz verfügt. Thomas Meier ist seit zwölf Jahren Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand und hat das Unternehmen seither deutlich vergrössert. Mittlerweile verschickt das Unternehmen rund 1 Mio. Pakete von seinem Verteilzentrum in Schenkon in die ganze Schweiz. Zum Angebot gehören insbesondere Kleider, Bettwaren und Haushaltartikel. Die 320 Mitarbeiter erwirtschaften mittlerweile rund 100 Mio. Umsatz, und Lehner Versand hat noch Grosses vor.

Neubau bald in Betrieb

Derzeit entsteht auf dem Areal entlang der Autobahn A2 ein 30 Meter hohes Hochregallager, das das Wachstum auffangen soll. Der Neubau, der nächstes Jahr in Betrieb gehen soll, besticht nicht nur durch seine Grösse, sondern auch durch eine

einzigartige Fassade aus Fotovoltaik-Panels. Eine solche Installation gibt es bisher in der Schweiz nicht und unterstreicht die Ambitionen von Lehner Versand, Ökonomie und Ökologie zu kombinieren. Thomas Meier setzt seit langem auf Innovationen, die sein Unternehmen nachhaltiger machen, wobei die Massnahmen sinnvoll sein müssen. «Wir rechnen alles durch und setzen es um, wenn es sich lohnt», so Meier. Bereits auf dem aktuellen Gebäude verfügt Lehner Versand über eine Photovoltaik-Anlage, die Strom für 54 Haushalte produziert. Auch bei der Mobilität setzt Lehner Versand auf umweltfreundliche Lösungen. Auf der letzten Meile werden die Pakete mit Elektrofahrzeugen transportiert. Zudem steht am Hauptsitz in Schenkon für Kunden und Mitarbeiter eine E-Tankstelle zur Verfügung. Bei deren Installation war sie die erste E-Tankstelle in der Zentralschweiz. Geheizt werden die Gebäude von Lehner Versand mit einer Grundwasserpumpe, womit sich das Unternehmen den jährlichen Einkauf von 40 000 Litern Heizöl sparte.

Nachhaltigkeit durch das Steuergesetz

Für Meier sind umweltfreundliche Massnahmen sinnvoll, wenn sie auf Freiwilligkeit basieren und

einen konkreten Nutzen bringen. Diese Haltung vertritt er auch im Luzerner Kantonsrat, wo er seit gut zwei Jahren für die FDP politisiert. Im Kantonsparlament hat er sich auf Vorstösse in den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit spezialisiert. Für Meier bietet zum Beispiel das Steuerrecht Möglichkeiten für ökologische Massnahmen. So kann heute eine Wärmedämmung eines Gebäudes nur zu 50% von den Steuern abgezogen werden, ein herkömmlicher Pinselanstrich dagegen zu 100%. Ebenfalls setzt sich Meier dafür ein, dass bei der Nutzung von Grundwasser zu thermischen Zwecken keine Konzessionsgebühren mehr anfallen. Damit sollen Anreize zum Umstieg von Ölheizungen zu umweltfreundlichen Heizsystemen geschaffen werden. Der Luzerner Unternehmer wird sich auch künftig bei Lehner Versand und in der Politik für nachhaltige Lösungen einsetzen und damit aufzeigen, dass wirtschaftliches Handeln nicht im Widerspruch zu Umweltfreundlichkeit stehen muss.

Marco Wölfli

Der lange Kampf für die Ehe für alle steht kurz vor dem Ziel.



Gleiche Rechte für alle!

«Love is liberal»

Wir stehen vor einer historischen Entscheidung: Am 26. September stimmt das Volk über die Ehe für alle ab. Die Gegner wollen, dass die Ehe Mann und Frau vorbehalten bleibt. Die Befürworter fordern die Abschaffung der Diskriminierung.

Kritiker der gleichgeschlechtlichen Ehe argumentieren, dass die Ehe als Union zwischen Mann und Frau definiert ist. Dies zu ändern, würde der Natur widersprechen und sowohl die Institution Ehe als auch deren Rolle in der Gesellschaft untergraben. Eine Legalisierung würde die Fortpflanzung als zentrale Aufgabe der Ehe ignorieren. Dabei gibt es gewichtige Gründe, die für die Vorlage sprechen.

Gleichberechtigung

Befürworter argumentieren, dass Gleichberechtigung auch wirklich Gleichberechtigung bedeuten muss. Eine zivilisierte Gesellschaft diskriminiert nicht aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder Sexualität und die Aberkennung des Rechts zu heiraten, ist eindeutig Diskriminierung. Schwule und heterosexuelle Paare verdienen beide die Rechte, die mit einer Ehe verbunden sind – beispielsweise in Bezug auf Steuern, Eigentum, Erbe

und Adoption. Egal wie man es ausdrückt, die Ablehnung von gleichen Rechten für Schwule und Lesben ist Homophobie.

Die Ehe funktioniert

Die Ehe ist eine erfolgreiche Institution und es macht Sinn, sie für so viele wie möglich zu erlauben. Seit dem Beginn der Geschichte, haben sich Paare in Liebe durch die Ehe miteinander verbunden. Diese Möglichkeit auf alle zu übertragen, wird unsere Gesellschaft weiter stärken. Eine Legalisierung ist nur die Anerkennung der Realität: Es gibt homosexuelle Menschen, die sich lieben und die sich einander verschreiben wollen, genauso wie heterosexuelle Menschen.

Wahlfreiheit

Der Staat sollte nichts darin zu sagen haben, wie erwachsene Menschen ihr Leben führen wollen.

Wenn zwei Menschen sich lieben und heiraten möchten, dann sollte ihnen das erlaubt sein, egal welche Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Geschlecht sie haben. Liebe und Ehe sollte eine rein persönliche Wahl sein. Wenn sich Regierungen in die Privatangelegenheiten der Menschen einmischen, vorschreiben wen sie heiraten können, dann sind individuelle Freiheiten in Gefahr, und das kann gefährliche Auswirkungen haben.

Das Schweizer Parlament hat am 18. Dezember 2020 mit grosser Mehrheit entschieden, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll.

Diese Gesetzesänderung – die «Ehe für alle» – ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung von homo- und bisexuellen Paaren mit heterosexuellen Paaren in der Schweiz. Es ist höchste Zeit, dem gesellschaftlichen Wandel Taten folgen zu lassen. Wir kämpfen für ein Ja zur Liebe am 26. September! Hilfst du uns dabei?

Arbela Statovci
Co-Präsidentin FDP Wallisellen

Philipp Gasser (rechts) mit Sven Marti, Wahlkampf- und Netzwerkleiter an der DV in Martigny.
Foto: Désirée Dittes



Einsiedler im «People's Business» Politik

Gelebte Eigenverantwortung im FDP-Praktikum

Im Oktober 2020 trat Philipp Gasser sein Praktikum bei der FDP. Die Liberalen im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» an. Mitte September endet es nun nach knapp einem Jahr. Ein Rückblick über seinen Weg zum Generalsekretariat der Partei, die vielfältigen Tätigkeiten, den Teamspirit und was die Werte der FDP damit zu tun haben.

Die Faszination und Freude an der (Schweizer) Politik fand ich vergleichsweise spät. War ich doch an der Stiftsschule Einsiedeln mit Latein und Biochemie gut bedient. Aber nach der Matura sah ich mich weder als Lehrer in einem Schulzimmer noch als Forscher in einem Labor stehen – zu statisch und «langweilig» erschien mir diese Vorstellung. Meine Interessen galten einem dynamischen und interdisziplinären Beruf, der Tagesaktualitäten berücksichtigt und manchmal auch Unvorhersehbares beinhaltet. Darum entschloss ich mich schlussendlich für ein Studium der Kommunikationswissenschaften und Politologie an der Universität Zürich. Parallel entwickelte sich mein Interesse für die FDP. Je mehr ich in Diskussionen über Parteien und Positionen verstrickt wurde, desto mehr fühlte ich mich zu den Freisinnigen

hingezogen. So lag es nahe, dass ich mich für ein Praktikum im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» entschieden habe.

Freiheit, Eigenverantwortung, Corona

In einem Beruf, bei dem die Zusammenarbeit mit anderen Menschen elementar ist, ist der Einstieg während der Corona-Pandemie – wo viele im Homeoffice verweilen – kompliziert. Einige Gesichter sah man erst nach Wochen persönlich und nicht mehr über den Bildschirm. Die erschwerte Situation änderte jedoch nichts an der Offenheit und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden.

Neben Unterstützung erhielt man auch Freiheiten und Eigenverantwortung, was die Selbst-

ständigkeit zusätzlich förderte. Bereits nach kurzer Zeit organisierte ich digitale Stammtische, verfasste Newsletter und Infomails oder arbeitete mit den Kantonalparteien bei den unterschiedlichsten Projekten zusammen. Stets mit der Freiheit, eigene Ideen und Prägungen einzubringen.

Die fortschrittliche blaue Linie

Meine spannendsten Tätigkeiten kamen mit der Lancierung der Plattform Blueprints.ch. Auf der Plattform für freisinnige Umweltpolitik, werden Vorstösse, Aktionen und Videos von Freisinnigen über alle föderalen Ebenen gesammelt und als Ideenpool genutzt. Ich befasste mich mit dem Design und der Nutzerfreundlichkeit der Website, der Kommunikation mit den Kantonal- und Ortsparteien, besuchte KMU in der ganzen Schweiz und recherchierte im Bundesarchiv. Das Highlight war die Planung und Durchführung eines Videoprojekts mit den nationalen Parlamentariern über mehrere Tage im Bundeshaus. Spätestens jetzt wusste ich, wie umfangreich und interdisziplinär die politische Arbeit ist. Der persönliche (Lern-) Fortschritt, welchen ich aus diesen Arbeiten ziehen konnte, war enorm.

Die gemeinsinnige Familie

Interdisziplinär arbeiten erfordert gezwungenermassen die Zusammenarbeit mit den anderen Teams im Generalsekretariat. Was nach einem potenziellen Brandherd klingt, war und ist immer noch das, was ich am meisten schätzen gelernt habe: die Zusammenarbeit, der Teamspirit, der Gemeinsinn. Man wird nicht als «der Praktikant» abgestempelt, sondern begegnet sich von Beginn an auf Augenhöhe und eigene Inputs und Ideen werden aufmerksam angehört. Nach einem strengen und hektischen Politalltag kommt auch der Spass und das Zwischenmenschliche nicht zu kurz.

Jetzt geht es erst richtig los

Freiheit, Fortschritt, Gemeinsinn – dies sind die drei freisinnigen und liberalen Werte der FDP. Dass diese nicht nur leere Worthülsen sind, sondern gelebt werden, das habe ich in meiner Zeit als Praktikant im Generalsekretariat erkannt. Und auch wenn mein Praktikum vorbei ist, bleibe ich der FDP erhalten. Ich habe meine Chance gepackt und beginne ab Mitte September meine Festanstellung als Campaigner und Mitarbeiter im Team Wahlkampf.

Philipp Gasser

Wir suchen regelmässig neue Talente für das Generalsekretariat. Unter www.fdp.ch/aktuell/stellenangebote finden Sie die aktuell ausgeschriebenen Stellen.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)**



JA

Ehe für alle

AGENDA

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Biel

Einladung zum Fachreferat

«Die nationale Sicherheit der Schweiz
in einer instabilen Welt»



Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D.,
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

-> **Donnerstag, 14. Oktober 2021, in Bern**
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15,
3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben:
Kasernenstrasse 27), oder
per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern
bis Breitenrain, dann 300 m
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühle-
strasse bis zur Kaserne.

-> **Donnerstag, 21. Oktober 2021, in Zürich**
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihl-
strasse 33, 8001 Zürich

-> **Beginn jeweils:**
18.45 Uhr Apéro
19.30 Uhr Referat
Keine Anmeldung notwendig.

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare
Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte
Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und
Verantwortung» in den Grössen M und L
bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die
französische Beschriftung «Libre et Respon-
sable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Ver-
sandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/
shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit
der Handykamera scannen.



Nichts verpassen!

Melden Sie sich jetzt bei unserem Threema Broadcast an.



**ACHTUNG BÖSE
ÜBERRASCHUNG!**



FDP
Die Liberalen

NEIN
ZUR STEUER-
INITIATIVE

zukunft-sichern.ch